

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Manuel Höferlein (FDP), Digitalpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gab heute, 22.05.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**Klarnamenpflicht im Netz**“.

Das „SWR Tagesgespräch“ führte Florian Rudolph.

Mit freundlichen Grüßen

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 22.05.2019

Höferlin (FDP): keine Klarnamenpflicht im Internet!

Baden-Baden: Der digitalpolitische Sprecher der FDP, Höferlein, ist dagegen, eine Klarnamenpflicht im Internet einzuführen. Er reagiert auf entsprechende Forderungen von Bundestagspräsident Schäuble und dem EVP-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Weber. Beide haben sich dafür ausgesprochen, um anonyme Hetze und Beleidigungen im Netz einzudämmen. Vorbild ist ein geplantes Gesetz in Österreich, das Nutzern von Onlineplattformen vorschreibt, sich zunächst zu registrieren und zu identifizieren, bevor sie Kommentare posten können. Im SWR Tagesgespräch sagte Höferlin, er glaube nicht, dass sich Hetze und Beleidigung so zurückdrängen ließen. Das sei in einigen Ländern bereits untersucht worden, mit dem Ergebnis, dass es nicht zu weniger Hass und Beleidigungen führe. Höferlin hält es für einen elementaren Teil des Rechtsstaats, sich frei und anonym oder unter Pseudonym äußern zu können: "Wir wollen, dass Kritik auch immer geäußert werden kann und dazu gehört manchmal auch, nicht offen das tun zu müssen."

Auf der anderen Seite sei es aber auch für Minderheiten wichtig, sich anonym oder unter Pseudonym äußern zu dürfen. Als Beispiel nennt Höferlin politisch Verfolgte, die von Deutschland aus die Zustände in der Türkei oder andere Staatsregime kritisierten. Sie wären bei einer Klarnamenpflicht nicht mehr geschützt und möglicherweise Verfolgung ausgesetzt.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Rudolph: Senkt Anonymität im Netz die Hemmschwelle für Hass und Hetze?

Höferlein: Das kann man so pauschal nicht sagen. Es gibt Untersuchungen, die belegen, dass, selbst, wenn man die Klarnamenpflicht einführt, nicht wirklich die Anzahl oder der Anteil beleidigender Äußerungen im Netz so signifikant sinkt. Von daher, neben den Kollateralschäden, die solch eine Klarnamenpflicht mit sich bringt, ist auch fragwürdig, ob das wirklich am Ende etwas bringt.

Rudolph: Tatsache ist aber, unter dem Schutz der Anonymität werden Menschen tagtäglich im Internet bedroht und beleidigt. Wie verträgt sich das mit einer offenen Gesellschaft, wenn sich die Hetzer im Netz hinter Tarnnamen verbergen können?

Höferlein: Wir müssen hier zwei Dinge gegeneinander abwägen und auf der anderen Seite ist es zweifellos so, dass Beleidigungen, eine Hetze oder auch einfach dumme Sprüche im Netz immer wieder passieren. Ich sage es einmal ganz offen, wir Politiker müssen das auch ein Stückweit ertragen. Ich wundere mich immer wieder, wie Kollegen sich dann wahnsinnig über ihre eigenen Treffer sozusagen gegen sich auslassen können. Wir müssen uns eigentlich offensiv mit so etwas beschäftigen. Ich würde einen beleidigenden Kommentar lieber nicht löschen und mich dagegen wehren oder den Angreifer bloßstellen, bevor es irgendwie gelöscht würde zum Beispiel. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass anonyme oder pseudonyme Äußerungen im Netz für ganz viele Menschengruppen wichtig sind – für politisch Verfolgte, für Minderheiten, für Menschen, die sich nicht offen äußern können. Denken sie mal an die ganzen Menschen, die zum Beispiel andere Staatsregime kritisieren, zum Beispiel in der Türkei oder den anderen Teilen der Welt, die auch in Deutschland sind. Die wären nicht mehr unter dem Schutz und wären vielleicht auch direkt einer Verfolgung ausgesetzt.

Rudolph: Sie wollen das abwägen. Das heißt, wiegen datenschutzrechtlicher Bedenken und Meinungsfreiheit am Ende mehr als der Schutz vor Hass und Hetze?

Höferlein: Das hat weniger etwas mit Datenschutz zu tun, sondern es hat was damit zu tun, dass es um die Meinungsfreiheit geht und ein liberaler Rechtsstaat muss auch ein Stückweit bestimmte Dinge aushalten, wenn er Sachen gegeneinander abwägt und hier geht es – es ist ja nicht so, dass man die gar nicht verfolgen kann – es gibt durchaus bei pseudonymer Nutzung beispielsweise die Möglichkeit, ohne zu wissen, wer das ist, über Provider dann dort weiterzugehen. Es sind ja meist in der Regel Wiederholungstäter, also es ist nicht so, dass dann jemand sich äußert im Netz und dann untertaucht und weg ist, sondern da kann man schon dagegen vorgehen. Es ist halt nicht so einfach und das ist die Frage. Ich glaube, das muss ein Rechtsstaat dann auch aushalten ein Stückweit, weil es geht wie gesagt auch um den Schutz von Meinungsfreiheit und wir wollen ja gerade, dass Menschen ihre Meinung frei äußern können, auch kritisieren können, auch ein Staatssystem kritisieren können und das ist wichtig in einem Rechtsstaat, deswegen muss man das sehr wohl gegeneinander abwägen.

Rudolph: Bundespräsident Schäuble und der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei Weber fordern eine Klarnamenpflicht im sozialen Netzwerk. Vorbild könnte Österreich sein, das geplante digitale Vermummungsverbot bedeutet, dass User zwar unter Pseudonymen posten dürfen, die Plattformen müssen ihre Identität aber kennen und gegebenenfalls an Strafverfolgungsbehörden herausgeben. Was ist daran falsch?

Höferlein: Es findet im analogen Leben auch nicht so statt. Jeder, der irgendwo auf der Straße, auf einen Versammlungssaal, wo auch immer, laut rumkrakeelt oder brüllt, seine Meinung äußert, muss nicht vorher seinen Ausweis zücken.

Rudolph: Er gibt sich aber zu erkennen, er ist nicht maskiert, auch nicht im digitalen Sinne.

Höferlein: Sie haben es trotzdem schwierig, wenn sie aus einer Gruppe heraus irgendwelche Kommentare hören. Also nochmal, ich glaube, es ist wichtig, dass man sich auch anonym, pseudonym äußern kann und das ist in unserem Rechtsstaat ein elementarer Teil, übrigens auch der freien Meinungsäußerung, übrigens auch unserer gelebten Gesellschaft. Wir wollen, dass Kritik auch immer geäußert werden kann und dazu gehört manchmal auch, nicht offen das tun zu müssen. Letztlich nochmal, Sie haben damit angefangen, diese Klarnamenpflicht, es gibt andere Länder, in denen ist das evaluiert worden. Das führt nicht wirklich zu weniger Beleidigungen im Netz, sondern es ist am Ende so, dass der Kollateralschaden, das berechnete anonyme, pseudonyme Äußerungen unterdrückt werden. Es sät auch ein Stückweit den Schutz der Privatsphäre im Rechtsstaat auf, die freie Meinungsäußerung wird unterdrückt, das sät auch ein Stückweit Hemmung in der Bevölkerung oder vielleicht bei Kritikern, die dann sagen,

naja, dann äußere ich mich lieber nicht und das wollen wir genau nicht in unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen frei sagen können, was sie wollen und wie gesagt, man kann auch sonst die Menschen durchaus verfolgen in den Netzen, weil das sind ja keine Einzeltäter, die da einmal was machen, sondern in der Regel sind diese Trolle, die loslegen, Wiederholungstäter, die immer wieder - die schlimmen Fälle, die auch noch vorgetragen werden, sind diejenigen, die immer wieder loslegen und immer wieder über andere herziehen – auch rechtswidrig losgehen.

Rudolph: Ein ganz anderes Paar Schuhe, aber die Anonymität ist das verbindende, dasberüchtigte Ibiza-Video, das die aktuelle Regierungskrise in Österreich ausgelöst hat – zwar nicht auf sozialen Medien gepostet, aber wir wissen nicht, wer dahintersteckt. Wie ist denn Ihre Haltung dazu? Hat hier der Zweck die Mittel geheiligt oder müssen die Verfasser ermittelt und strafrechtlich verfolgt werden?

Höferlein: Zunächst einmal ist es ja schon erschreckend, was man dort im Video sieht. Ich glaube, spannend wird eigentlich die Frage, wer hat die Möglichkeit, so nah an solch eine Gruppe heranzukommen? Ich vermute mal, das sind Menschen aus dem inneren Kreis. Ich finde es spannend, dass wir jetzt wieder darüber diskutieren, wer das Video gemacht hat. Erinnert mich so ein bisschen an die Wistleblower-Debatte, die wir schon einmal hatten, als geheime Ungeheuerlichkeiten offenbart wurden und als erstes eine Debatte losgetreten wurde, wer hat die Daten rausgegeben, wer hat Informationen rausgegeben? Ich glaube, dass die österreichischen Behörden das natürlich verfolgen werden und dann wird man sehen, was dabei rauskommt, wer das aufgenommen hat. Ich kann mich dazu im Moment noch nicht äußern. Ich glaube, dass die Behörden in Österreich das verfolgen werden und dann werden wir sehen, wie der Sachverhalt überhaupt war, wer das überhaupt wie aufgenommen hat.

- Ende Wortlaut -